

## B. Schluss mit Auslandseinsätzen der Bundeswehr

Seit der großen Wirtschaftskrise von 2008 ist die Europäische Union dabei, sich von den USA abzunabeln und Weltgeltung anzustreben. Die Krise brachte Kräfte in den EU-Staaten nach oben, die ihre Union in der Verteidigungspolitik für völlig unzulänglich hielten und sich für eine eigene Militärstreitmacht stark machten. Seither ist eine schlagkräftige Interventionsstreitmacht ergänzend zur NATO geplant, die die ökonomischen Interessen der Gemeinschaft im Sinne neoliberaler Entfaltung schützen soll. Den ideologischen Rahmen dazu liefert die EU-Globalstrategie von 2016, die EUGS. Sie ist bereits verabschiedet.

„Europa muss mehr Härte zeigen“, befand EU-Kommissionschef Juncker. "Europa kann es sich nicht mehr leisten, militärisch im Windschatten anderer Mächte zu segeln oder Frankreich in Mali allein zu lassen.“

Damit hat der Kommissionschef den Kern des Ganzen berührt: Es geht um Auslandseinsätze, die effektiv zu sein haben. Es geht um Intervention in fremden Staaten, um die Einmischung in deren innere Angelegenheiten.

Intervention ist gefragt, wenn die Sicherheit von Investitionen oder anderen unternehmerischen Interessen im Ausland gefährdet ist. Gründe zum Eingreifen gibt es immer genug. Oft sind es vom Auslandskapital mitverursachte Elendszustände in einem Land, die Unruhen, Terroranschläge, Zerstörung von Infrastruktur hervorrufen. Manchmal ist es aber auch blühendes Wirtschaftswachstum eines Landes, das die Nachbarstaaten um ihre regionale Vorherrschaft fürchten lässt und zu Gegenmaßnahmen treibt. So, wie wir es in Syrien hatten, wo Saudi-Arabien, Katar und andere sich mit EU und NATO verbündeten, um den arabischen Frühling zum Einschreiten zu nutzen - zum Preis einer grausamen kriegesischen Eskalation.

Wie in Syrien gut zu beobachten, ist mit der Intervention nicht selten ein Regierungswechsel beabsichtigt, Regime Change im internationalen Sprachgebrauch. Regime Change war seit kolonialen Zeiten ein probates Mittel, ein Land für zugewandertes Kapital sicher zu machen. Mit Bestechung, Unterwanderung oder offener Gewalt wurden Kooperations-willige zu Führungsfiguren gemacht und mit einer bestechlichen Hausmacht umgeben. Und schon hatte das Land eine neue Elite, die an einer weiteren Zusammenarbeit mit besagtem Kapital großes Interesse haben musste.

Ob die militärische Intervention durch ein UNO-Mandat legitimiert ist oder unter Bruch des Völkerrechts erfolgt, wird oft nicht einmal hinterfragt. Oft müssen kleine, lokale Konflikte als Vorwand herhalten, wenn militärisches Einschreiten zum alles vernichtenden Feuerbrand gerät. Und das zur Wahrung der „Sicherheit“!

Operative Militärausgaben, etwa für Prügeleinsätze gegen Aufständische, dürfen zwar nicht aus dem EU-Haushalt entnommen werden, aber das ist kein Problem. Sie lassen sich meist als zivile Ausgaben deklarieren. Infrastrukturmaßnahmen hingegen dürfen generell aus dem Budget finanziert werden.

In der deutschen Bundeswehr heißt das im Militärsprech „Ertüchtigungsinitiative“. 2016 wurden für die „Ertüchtigung ausländischer Streitkräfte“ erstmals 100 Mio. Euro, 2017 schon 130 Mio. in den Bundeshaushalt eingestellt. Mittel für Panzer, Grenzsicherungsanlagen, Bodenradare, Munitionsbunker finden Eingang in den Haushaltsposten „Entwicklungszusammenarbeit“! Der Entwicklungshilfeposten wird sogar herangezogen, um für repressive Regime Rechtssysteme zu erarbeiten, die den reibungslosen Betrieb von Gefängnissen, Polizeiposten und Militäreinrichtungen gewährleisten sollen.

Im afrikanischen Mali engagiert sich deutsches Militär mit einer Streitmacht von 1300 Soldaten, so vielen wie sonst nur noch in Afghanistan. Momentan wird der Flugplatz Gao „ertüchtigt“, um die Landebahn für den Einsatz von Heron I-Aufklärungsdrohnen vorzubereiten.

Interessant zu wissen: Der deutsche Einsatz, von der UNO angefordert, erstreckt sich über Mali hinaus auf das benachbarte Niger. Der Grund: Im Niger betreibt Atomstaat Frankreich seine Uranminen, die um jeden Preis vor landvertriebenen Tuareg-Nomaden und islamischen Söldnern aus Libyen geschützt werden müssen. So macht sich deutsches Militär in der Sahelzone um seinen atomwaffenmächtigen Freund Frankreich verdient. Das schweißt zusammen!

Doch auf unseren Beifall müssen sie verzichten. Wir verlangen von unserer Regierung: Schluss mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr!